

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>NRW wehrt sich gegen sächsischen Atommüll</b>	<b>3</b>
<b>Landtag erörtert die Situation nach den Attentaten von Madrid</b>	<b>4</b>
<b>Libérale Initiative für engere Beziehungen des Landes zur Türkei</b>	<b>5</b>
<b>Kontroverse über die Chancen der Wirtschaft des Landes NRW</b>	<b>6</b>
<b>Verpflichtung auf das Wohl kommender Generationen</b>	<b>7</b>
<b>Landtag debattiert über Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre</b>	<b>8</b>
„Weiterbildung nach Gutsherrenart“	8
<b>Situation für ehrenamtlich Tätige soll verbessert werden</b>	<b>9</b>
Änderung beim Betreuungsrecht	9
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>
<i>Muss die Lebensmittelüberwachung verschärft werden?</i>	
<b>Hoffen auf ein Ende der Talfahrt: Ruhrkohle AG</b>	<b>11</b>
<b>Steinkohle: Interview mit Dr. Helmut Linssen (CDU)</b>	<b>12</b>
<b>Sicherheit im Bergbau: Interview mit Peter Budschun (SPD)</b>	<b>13</b>
<b>NRW.BANK stellt ihr Konzept im Ausschuss vor</b>	<b>14</b>
Kommunalausschuss: Streit um Selbstständigkeit Hohenlimburgs	14
<b>Weiterbildung: Bedarf steigt, Förderung sinkt</b>	<b>15</b>
<b>Mit DVB-T überall fernsehen</b>	<b>16</b>
Europaschulen in NRW stellten sich vor	16
<b>Mehr Handlungsspielraum für Studentenwerke</b>	<b>17</b>
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Polizei: Anhörung im Innenausschuss</b>	<b>19</b>
<b>Landeswaldbericht 2002</b>	<b>20</b>
<b>Stiftung Wohlfahrtspflege: Armut als Risiko fürs Leben</b>	<b>21</b>
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Horst Engel (FDP)</b>	<b>23</b>
Trauer um Jochen Jurettko	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Kohle Ja! Kohle Nein!

**Z**echenschließungen, Kohlesubventionen, Arbeitsplatzverluste: Düstere Nachrichten. Die deutsche Steinkohle ist zu teuer, weil sie in Tiefen von 1000 Metern gefördert wird. Auf dem Weltmarkt kostet eine Tonne 60 Euro, wird sie hier in NRW ans Tageslicht geholt, summiert sich das auf 130 Euro. Die Differenz wird öffentlich gefördert. Das ist einfach zu viel, zumal die öffentliche Hand kein Geld mehr hat. Wären da bei der Kohlediskussion nicht die ganzen „Aber“!

### Aber Nr. 1:

Der Steinkohlenbergbau sorgt dafür, dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet sanft vorschreiten kann, ohne dass weitere Regionen wirtschaftlich geschwächt werden. Denn an jedem Bergmannsjob hängen noch 1,3 Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie. Jede Zechenstilllegung schafft Probleme.

### Aber Nr. 2:

Die deutsche Bergbautechnik genießt international einen guten Ruf. Damit wird u.a. in Asien, Lateinamerika und Australien Geld gemacht. Weltweite Marktführerschaft in der Bergbautechnik wird angestrebt. 800 Millionen Euro Umsatz – 80 Prozent des Gesamtumsatzes der deutschen Bergbauzulieferer – werden von 200 mittelständischen Unternehmen mit 15.000 Beschäftigten in NRW gemacht.

### Aber Nr. 3:

Stromausfälle haben gezeigt, wie abhängig Länder von Energieimporten sind. Zehn Prozent der deutschen Stromversorgung kommt aus heimischer Steinkohle. Die Sicherstellung der deutschen Energieversorgung müsste ohne Kohle auf andere Beine gestellt werden.

### Aber Nr. 4:

Da gibt's dann noch die Menschen. Über 600.000 waren es Ende der 50-er in Deutschland, die im Steinkohlebergbau malochten. Jetzt sind es 40.000, davon fast 35 000 in NRW. Für 40 Stunden harte Arbeit in Schwindel erregender Tiefe bei über 25 Grad kommen am Monatsende gerade mal 2.000 Euro brutto herum – die Schichtzulagen nicht eingerechnet. Hart verdientes Geld. Heute wird umgeschult, Bergmänner werden in andere Handwerksberufe erfolgreich integriert. Auch der Nachwuchs wird gefördert. Immerhin werden in NRW im Bergbau in vielen Berufen über 2.300 junge Menschen pro Jahr ausgebildet.

### Aber Nr. 5:

Die Gegner: Angst vor Deichbrüchen unterm Rhein. Verständlich. Der Umweltsensibilität muss Rechnung getragen werden. Doch die Gegner standen hinter der Kohle, als sie 1997 bei der Menschenkette für die Steinkohle mit 250.000 Teilnehmern mitdemonstrierten. Meinungen ändern sich.

Bleibt nur zu hoffen, dass die geplanten Zechenstilllegungen für NRW kein Bumerang werden. Denn was bringen eingesparte Subventionen (pro Jahr in NRW immerhin 500 Millionen Euro bis 2005), wenn die öffentliche Hand auf der anderen Seite Arbeitsplatzverluste, Konsumeinbußen und Unternehmensabwanderungen hinnehmen müsste.

SH